



Conversion Survey 2002

Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization

Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2002, 180 S., ISBN 3-7890-7914-6

Deutsche Zusammenfassung

Vor einer neuen Periode weltweiter Aufrüstung?

Abrüstung und Konversion 2001 – Wandel und Kontinuität nach dem 11. September

*Die Zeichen stehen auf Aufrüstung, nicht erst seit dem 11. September 2001. Zu diesem Ergebnis kommt das **Jahrbuch 2002 des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) Conversion Survey 2002**. Die USA, bereits mit Abstand größte Militärmacht der Welt, haben die Militärausgaben weiter massiv erhöht. Auf die Abrüstung der frühen 1990er Jahren, die „Friedensdividende“, scheint nun eine Art „Terrordividende“ zu folgen. Der Bedarf an Konversion ist, vor allem in der Rüstungsindustrie und der militärischen Forschung, rückläufig, während die Umstellung von militärischer auf zivile Nutzung in den Bereichen Demobilisierung und militärische Liegenschaften nach wie vor in verschiedenen Regionen der Welt weiter oben auf der politischen Agenda steht. Auch die Vernichtung von Kleinwaffen bleibt ein brisantes Thema. Die Bilanz des Conversion Survey 2002 lautet darüber hinaus: Konversion, also die Umstellung, darf nicht nur in Nachsorge von Kriegen geschehen, sondern muss auch Konfliktprävention zum Ziel haben. Dr. Michael Brzoska und Dr. Herbert Wulf fassen die Ergebnisse des Jahrbuchs des Internationalen Konversionszentrums Bonn zusammen, das am 27. Mai in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. (Conversion Survey 2002 – Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization, Nomos Verlagsgesellschaft, ISBN 3-7890-7914-6)*

Der Tag der die Welt veränderte – Tat er das wirklich?

Die Anschläge des 11. Septembers 2001, grausam in ihrem Konzept und mit einer tödlichen Präzision ausgeführt, haben die USA und die ganze Welt grundlegend erschüttert. Wird es zu neuen Prioritäten und einer neuen politischen Agenda in den internationalen Beziehungen kommen? Natürlich hat sich nicht alles verändert: die geopolitische Weltkarte, das globale Muster wirtschaftlicher Zusammenarbeit und militärischer Machtstrukturen blieben gleich. Viele der alten Probleme – Umweltzerstörung, Armut, Unterentwicklung, AIDS, Drogen – sind unverändert. Doch Strukturen und Akteure werden nun in einem anderen Licht gesehen und Prioritäten haben sich verlagert. Einige Kernpunkte – nicht zuletzt Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit – sind direkt betroffen.

Vor dem 11. September fühlten sich US-Amerikaner vor Aggressionen von Außen sicher – auf eine Art und Weise wie sie es wahrscheinlich nie wieder werden. Der Terrorismus legte die Verwundbarkeit der stärksten Weltmacht offen. Nicht einmal die Nation mit der größten militärischen Macht kann ihre

Bevölkerung gegen einen scheinbar schwachen Feind beschützen – trotz des investierten Geldes und der vorhandenen Militärtechnologie.

Unbezwingbare Abwehrsysteme sind eine Illusion. Während dies in vielen Teilen der Welt keine neue Erkenntnis ist, hat sich in den USA die Wahrnehmung dieses Risikos fundamental geändert. Im November 2001 schrieb der US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Wir stehen am Anfang einer gefährlichen neuen Periode amerikanischer Geschichte, in der die bisherige Unverwundbarkeit der USA durch eine neue Ära von Verletzlichkeit ersetzt wurde.“ Geplant werden müsse nun „für eine Welt neuer und unterschiedlicher Gegner, die auf Überraschung, Täuschung und ‚asymmetrische Waffen‘ (etwa als Waffen benutzte Zivilflugzeuge) bauen, um ihre Ziele zu erreichen“.

Die US-Regierung will diese neuen Gefahren nicht akzeptieren, sondern beseitigen. Die Reaktion der USA beruht auf der Annahme, dass dies durch militärischer Stärke erreicht werden kann. Militärische Mittel zur Terrorismusbekämpfung sind jedoch keinesfalls ausreichend. Zwar mögen sie die Aktivitäten einiger terroristischer Gruppen einengen, doch sie bekämpfen nicht die Ursachen des Terrorismus, zu denen als große Ungerechtigkeit empfundene Zustände, Armut, ungelöste nationale und regionale Konflikte ebenso gehören wie fehlgeschlagene Modernisierung und repressive Regimes. Ein wachsendes militärisches Engagement – den NATO Staaten werden schon über 70 Prozent der weltweiten Militärausgaben zugerechnet – und Militärfaktionen gegen vermutete Handlanger des Terrorismus, können sogar völlig unerwünschte Wirkungen haben und neue Terrorangriffe provozieren.

Der 11. September und die Rüstungskontrolle

Überraschend schnell ist es der US-Regierung gelungen ein Bündnis für den Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuführen. Eine Koalition, die nicht nur traditionelle Verbündete vereinigt – von denen einige uneingeschränkte Solidarität versprochen –, sondern auch Regierungen der islamischen Welt.

Der 11. September veränderte die Beziehungen zwischen den USA und Russland. Bereits im November 2001 erklärten Präsident Bush und Präsident Putin die Zahl ihrer strategischen Atomsprengköpfe auf ein Drittel des jetzigen Stands, also auf ungefähr 2.000 Sprengköpfe, vermindern zu wollen. Angesichts der vorhergehenden langjährigen Stagnation in den Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffensysteme (START) war diese Ankündigung, die im Mai 2002 zu einer konkreten Vereinbarung führte, ein großer Schritt vorwärts. Die neuen Beziehungen hatten für Moskau darüber hinaus zumindest zwei wichtige Konsequenzen: erstens verstummte die Kritik des Westens an Russlands Tschetschenien-Politik und zweitens erlaubten sie Russland auf alte, unerfüllte Versprechen der westlichen Welt auf einen eigenen Platz in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zurückzukommen.

Aber wie ernsthaft war der Wandel in Bushs Außenpolitik wirklich? Hat der 11. September einen Drang zum Alleingang – oder zumindest zum Tonangeben – bewirkt, der von einigen Beobachtern „Isolationismus“, von anderen „Unilateralismus“ genannt wird? Es ist den US-Amerikanern zwar buchstäblich klar worden, dass die Welt mit all ihren Problemen ein globales Dorf ist. Aber werden die Lösungen auch global gesehen?

Ein Indikator zur Beantwortung dieser Frage sind internationale Verhandlungen, insbesondere über Rüstungskontrolle. Auf dem Treffen des **Ersten Komitees für Abrüstung und Internationale Sicherheit der Vereinten Nationen**, das von 31. Oktober bis 6. November 2001 in New York abgehalten wurde, erinnerte der UN Unter-Generalsekretär Jayantha Dhanapala die Delegationen daran, dass die Anschläge des 11. Septembers wesentlich schlimmer hätten ausfallen können, wenn die



Terroristen nukleare, biologische oder chemische Waffen benutzt hätten. Merkwürdigerweise machte das Treffen keinerlei Fortschritte in irgendeinem der schon lange kontroversen Streitpunkte bezüglich der Massenvernichtungswaffen. Das Komitee betrieb „business-as-usual“ und ging zur alten Tagesordnung über.

Obwohl die Konferenz zur Überprüfung des **Nichtweiterverbreitungsvertrages von Nuklearwaffen** im Jahre 2000 die Notwendigkeit einer eventuellen kompletten Vernichtung nuklearer Waffen bestätigte, sind die einstimmig in der Abschlusserklärung angenommenen Maßnahmen noch immer nicht in Angriff genommen. Die einzige Garantie gegen den Gebrauch oder die Drohung mit Atomwaffen ist deren kontrollierte und vollständige Vernichtung. Aber auch der 11. September mit der verstärkten Angst vor Nuklearwaffen hat nichts an der hinhaltenden Taktik der Nuklearmächte in der Frage der vollständigen Abrüstung von Nuklearwaffen geändert.

Die jüngste Vereinbarung der USA und Russlands zur drastischen Verminderung der Nuklearwaffen ist mit der Nuklearstrategie der beiden Staaten voll vereinbar und ist nicht als Einstieg in eine nuklearwaffenfreie Welt gedacht.

Die Verhandlungen der **Genfer Abrüstungskonferenz** über ein Abkommen zum Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Atomwaffen (Fissban) sind hoffnungslos blockiert. Zum einen gibt es substanzielle Differenzen in bezug auf die Bestände an Waffenmaterial, zum anderen wurde Fissban mit anderen möglichen Diskussionspunkten, vor allem der Prävention eines Wettrüstens im All, verbunden. Die Zukunft der Abrüstungskonferenz ist unsicher.

Auf der zweiten Konferenz zur Unterstützung der Umsetzung des **Umfassenden Nuklearen Teststoppvertrags** (CTBT) der UN vom 11 bis 13 November 2001, hob der UN-Generalsekretär Kofi Annan hervor, dass die Ereignisse des 11. Septembers jedem klargemacht haben sollten, dass sich die Welt eine weitere Proliferation von Atomwaffen nicht erlauben könne. Doch während Präsident Bush in seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 10. November für die Einheit im Kampf gegen Terrorismus warb, blieb der Sitz der USA auf der nebenan stattfindenden Teststopp-Konferenz leer. Nicht nur die USA verzögern die Teststopp-Verhandlungen. Aber sie setzen ein Beispiel und nähren damit Befürchtungen, dass es wieder zu Atomtests kommen könnte. Insgesamt haben dreizehn der 44 Länder mit atomaren Kapazitäten CTBT noch nicht ratifiziert, darunter die USA, China, Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel.

Im Dezember 2001 verständigte die Bush-Regierung Russland von seinem Rücktritt vom **Raketenabwehrvertrag** (ABM). Weder die Annäherung zwischen den USA und Russland beziehungsweise China, noch der starke Widerstand gegen Raketenabwehrsysteme in den USA selbst reichten aus, um zu retten, was einmal einen Pfeiler der Rüstungskontrolle während des Kalten Krieges dargestellt hatte. Dennoch ist der Einsatz eines nationalen US Raketenabwehrsystems (NMD) keine beschlossene Sache. Die weiterhin zahlreichen Gegner von NMD, darunter die demokratische Mehrheit im Senat, argumentieren, die Terrorattacken haben gezeigt, dass sich die USA auf eine Verbesserung der Nachrichtendienste konzentrieren sollten, statt ein technologisch unerprobtes Raketenabwehrschild zu errichten. Sie betonen, dass NMD den USA wenig direkten Nutzen biete. Die Befürworter von NMD hingegen betonen die Verbindungen zwischen Terroristen und Staaten, die möglicherweise die USA mit



Massenvernichtungswaffen angreifen könnten. Die Bush-Regierung verfolgt ihre Pläne auf jeden Fall weiter.

Einen weiteren Rückschritt in den Bemühungen um verbesserte Rüstungskontrolle gab es 2001 bei der **Konvention über Biologische und Toxische Waffen**. Vertreter der Mitgliedsstaaten hatten seit Mitte der 1990er Jahre versucht, sich auf ein arbeitsfähiges System zur Überwachung dieser Konvention zu einigen. Wegen der Vielzahl an Ländern, die in Verdacht stehen solche Waffen herzustellen, drängen die Befürworter der Konvention auf eine sachgemäße Kontrolle. Die US-Regierung lehnte Überwachung aus zwei Gründen lange ab: Zum einen war man gegen die Öffnung von Forschungseinrichtungen für ausländische Inspektoren, da man fürchtete, fremde Regierungen oder Organisationen könnten Schwachstellen in der Verteidigung entdecken. Zum anderen war man besorgt, dass eine Kontrolle von Anlagen für Industriespionage ausgenutzt werden könne. Nach dem 11. September schien die Bush-Regierung angesichts einer terroristischen Bedrohung mit biologischen Waffen zumindest für kurze Zeit zu einem Kompromiss bereit. Auf der Überprüfungs-Konferenz der Konvention im Dezember 2001 drohten die USA dann aber alle Vereinbarungen über detaillierte Überprüfungen zu blockieren und gefährdeten somit das ganze Treffen. Die Verhandlung wurden letztendlich auf das Folgejahr vertagt.

Die zweite Überprüfungs-Konferenz der **Konvention über Inhumane Waffen** endete am 11. Dezember 2001 ohne nennenswerte Resultate. Das war ein Kompromiss zwischen der US-Delegation, die Vereinbarungen über wichtige Themen wie die Ausweitung der Konvention auf Streubomben streichen wollte, und den Bemühungen anderer Staaten, diese Punkte in der Agenda der Rüstungskontrolle zu halten.

2001 war ein schlechtes, ja vielleicht sogar das schlechteste Jahr für Rüstungskontrolle in der jüngeren Geschichte. Wie stark der 11. September diese Lage beeinflusst hat, ist schwer zu beurteilen, da die einige Schlüsselpersonen der US-Regierung schon vorher eine stark negative Haltung zur Rüstungskontrolle bezeugt hatten. Alles in allem aber scheinen die Terroranschläge die Positionen derer gefestigt zu haben, die mehr Vertrauen in militärische Maßnahmen denn in Rüstungskontrollvereinbarungen setzen.

Ergebnisse des BICC: Stillstand der quantitativen Abrüstung und Stärkung des militärischen Faktors

Nach einer Dekade der weltweiten Kürzungen im Militärbereich deutet nun alles auf eine Stagnation von Abrüstung und Konversion hin. Viele Länder gingen im letzten Jahr von einer quantitativen Abrüstung zu einer Stärkung des militärischen Faktors über.

Die Rüstungsreduzierung während der 1990er – des „Jahrzehnts der Abrüstung“ – war umfangreich und produzierte eine ansehnliche „Friedensdividende“. Dennoch waren Militärkürzungen geringer, als man nach dem Ende des Kalten Krieges hätte erwarten können. Der BICC-Index für Konversion, Abrüstung, Demilitarisierung und Demobilisierung (BIC3D Index) zeigt, dass der militärische Sektor weltweit zwischen der Übergangsphase nach Ende des Kalten Krieges und dem Jahr 2000 über 30 Prozent abgenommen hat. Von den 157 Ländern, für die ausreichend relevante Daten zur Verfügung standen, haben im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges 90 ihre Militärsektoren verkleinert, während in 63 Ländern der Militärsektor wuchs. Demnach bleibt die Zahl der Länder, die nach Ende des Kalten Krieges abgerüstet haben höher, als die der Länder, die ihre Streitkräfte in der gleichen Zeitspanne vergrößert haben. Dennoch bestätigt die Statistik auch, dass sich der Trend zur Abrüstung kontinuierlich verlangsamt hat und zu Beginn des neuen Jahrtausends schließlich zum Stillstand gekommen ist.

Erneuter Anstieg der Militärausgaben: Der Abwärtstrend weltweiter Militärausgaben verlangsamte sich während der späten 1990er Jahre und wurde seit 1999 durch erneute Zuwächse abgelöst. Obwohl im Jahr 2000 die Rüstungsausgaben in Entwicklungsländern schneller gewachsen sind als in Industrieländern, verantworten letztere immer noch 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Fast 40 Prozent der globalen Rüstungsausgaben können allein den USA zugerechnet werden. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht die Auswirkungen der Terrorangriffe des 11. Septembers, die zu einem beträchtlichem Anstieg der Militärausgaben führen können. Das ist im Mittleren Osten bereits der Fall, wobei Israel, das seine Ausgaben für 2002 um nahezu eine Milliarde US-Dollar erhöht hat, führend ist. Und schon vor der Bekanntgabe der Budgeterhöhung zur Unterstützung des „Krieges gegen den Terror“, hatten die US-Militärausgaben bereits einen Stand wie zu Hochzeiten des Kalten Krieges erreicht.

Steigende US Dominanz in militärischer Forschung und Entwicklung (F&E): Die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (F&E), die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zurückgegangen waren, befinden sich wieder im Aufwärtstrend und haben eine Höhe von rund 60 Milliarden US-Dollar erreicht. Die USA geben mit Abstand am meisten für militärische F&E aus. Nahezu zwei Drittel der Gesamtausgaben entfallen auf die USA, die allein zehnmal mehr aufwenden als das zweitplatzierte Großbritannien. Die Ausgaben für militärische F&E dürften nach dem 11. September weiter ansteigen, obwohl die militärischen Planer noch kaum neue Bereiche ausgemacht haben, wo neue Technologie für den Kampf gegen den Terrorismus entwickelt werden könnte.

Der Wahlkämpfer George Bush hatte die Clinton-Regierung scharf kritisiert, zu wenig für „neue“ Technologien ausgegeben zu haben. Er nahm damit auf die Mahnungen der Befürworter einer „Revolution in Military Affairs“ nach radikalen Veränderungen in der Militärtechnologie Bezug. Bis zum 11. September hatte sich jedoch wenig verändert. Die Steigerung der Ausgaben kam insbesondere traditionellen Waffen-Großprojekte, beispielsweise Kampfflugzeugen, zu Gute.

Wachsende Märkte für die Rüstungsindustrie: Trotz weltweiter Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie scheint Konversion für die Unternehmen kein Thema mehr zu sein.

Mit einem Neustrukturierungs- und Konversionsprogramm, das 2001 aufgelegt wurde, ist Russland hier bis zu einem gewissen Grad eine Ausnahme. Weltweit hat die Notwendigkeit die Produktion zu rationalisieren zu einem Beschäftigungsabbau geführt. Acht Millionen Personen waren im Jahre 2000 noch im Rüstungssektor angestellt, das ist weniger als halb so viel wie während des Höhepunktes des Kalten Krieges 1987. Da die Beschaffungsbudgets wieder anschwellen könnten sich durchaus auch die Beschäftigungszahlen im Rüstungssektor in den nächsten Jahren erhöhen. Die Terrorangriffe und die Reaktionen, die sie hervorriefen, haben besonders die Situation amerikanischer Waffenhersteller verändert. Die Großkonzerne der Rüstungsindustrie werden am stärksten vom „Krieg gegen den Terror“ profitieren. Die Kurse sowohl der Hauptwaffenproduzenten Lockheed Martin, Northrop Grumman and Raytheon, als auch kleinerer Hersteller mobiler Kommunikationssysteme, unbemannter Flugzeuge und Präzisionswaffen stiegen nach dem 11. September enorm, während Hersteller traditioneller Waffen wie Panzer und Kriegsschiffe weniger profitierten.

Erweiterte Rolle für die Streitkräfte? Die Anzahl der Soldaten regulärer Streitkräfte global verringerte sich auch im Jahr 2000, dem elften Jahr in Folge, allerdings mit nachlassendem Tempo. Seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges ging die Anzahl der Soldaten weltweit von 28,8 Millionen auf 21,6

Millionen zurück. Europa (Ost und West) war die Region mit dem größten Truppenabbau. Die NATO, der größte militärische Block, verringert weiter seine Streitkräfte, deren Anzahl schon von 6,6 Millionen Soldaten 1987 auf 4,5 Millionen im Jahr 2000 gefallen ist. Dies reflektiert keine Schwächung der militärischen Fähigkeiten, sondern vielmehr einen generellen Trend unter reichen Ländern kleinere Streitkräfte mit besserer Ausrüstung aufzustellen. Allerdings zeigen Diskussionen in verschiedenen Teilen der Welt über die Gefahren des Terrorismus, dass vor allem auf militärische Technologie setzende Strategien nun überdacht werden. Es ist offen, in wieweit zusätzliche Streitkräfte zur Bekämpfung der internationalen Terrorgruppen sinnvoll sind.

Wachsende Bedeutung von militärischen Stützpunkten? Die Schließung militärischer Stützpunkte setzte sich auch 2001 fort. Viele der angekündigten Schließungen waren mit der Umstrukturierung der Streitkräfte verbunden und eher als Kosteneinsparungen denn als Abrüstungsprozess zu verstehen. Begleitet wurde dies – sowohl national als auch in Übersee – durch Schritte zur Privatisierung militärischer Betriebsanlagen und Verwaltung. Ein weiterer globaler Trend geht dahin, große militärische Anlagen im Ausland zu schließen. Die USA sind der einzige Staat, der immer noch ein weltweites Netzwerk militärischer Stützpunkte unterhält. Es bleibt abzuwarten, wie weitreichend die Auswirkungen des Kampfes gegen den Terrorismus für die Stützpunktstruktur sein werden. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben jedenfalls ihre militärische Präsenz verstärkt und die Nutzung ihrer Stützpunkte in Regionen wie Zentralasien und Ostafrika intensiviert bzw. neue eingerichtet.

Bedrohung durch überschüssige Waffen: Im Jahr 2000 waren die Bestände an konventionellen Waffen (wie Kriegsschiffe, Panzer, Artillerie und Militärflugzeuge) um 32 Prozent niedriger als zum Höhepunkt des Kalten Krieges. Nun, da die Militärausgaben wieder steigen, könnten jedoch auch diese Waffenbestände erneut anwachsen.

In vielen Teilen der Erde herrscht ein starkes Interesse, das Problem der Verbreitung von Kleinwaffen anzugehen. Allerdings gelang es den Teilnehmern der UN-Kleinwaffenkonferenz im Juli 2001 nicht, eine Übereinkunft zu erzielen, die die Mitglieder zur Regulierung nationaler Bestände, des Handels und des Gebrauchs von Kleinwaffen verpflichtet sowie Lieferungen an nicht-staatliche Akteure unterbindet.

Seit dem 11. September herrscht ein größeres Bewusstsein für die Gefahren nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, aber das sind nur Teilaspekte des Problems der Waffenproliferation. Diese neue Besorgnis sollte auch für die Atommächte Anlass sein, Besitz und Rolle von Atomwaffen radikal zu überdenken.

Fazit

Während in der Zeit nach dem Kalten Krieg ein Prozess umfangreicher Abrüstung und Konversion stattfand, gibt es nun starke Anzeichen für eine Wiederaufrüstung weltweiten Ausmaßes. Nach den terroristischen Angriffen auf New York und Washington vom 11. September 2001 begann möglicherweise eine neue Ära, die der Phase nach dem Ende des Kalten Krieges folgt, mit weltweiter Aufrüstung statt weltweiter Abrüstung. Wie jedoch schon in der Zeit nach dem Kalten Krieg, verbindet diese generelle Entwicklung gegenläufige Prozesse in unterschiedlichen Ländern und Regionen. Heute wie damals finden regionale Wiederaufrüstung und regionale Abrüstung parallel statt. Obwohl weltweit Streitkräfte aufgestockt werden, werden weiterhin Kriege beendet, womit sich Chancen für einen Abbau des Militärs auf lokaler und regionaler Ebene ergeben. Gelegenheiten und Herausforderungen für Konversion existieren weiterhin. Allerdings besteht immer die Gefahr, dass Konflikte auf andere Krisengebiete



übergreifen. So sind die Konflikte in Zentral- und Südasien, im Mittleren Osten und in Ostafrika nicht nur miteinander, sondern auch mit eng mit dem „Krieg gegen den Terror“ verbunden.

Ein weiterer Unterschied im Vergleich zur Zeit nach dem Kalten Krieg ist die Entwicklung der Rüstungskontrolle. Der mangelnde Fortschritt in bezug auf Verhandlungen über den Nuklearen Teststopp (CTBT), konventionelle (CCW) und biologische Waffen (BTWC), das Ende des ABM-Vertrages, das neue US-amerikanische Raketenabwehrprogramm – all dies sind klare Rückschläge. Sehr allgemein gehaltene Übereinkünfte über Rüstungsabbau, wie die angekündigte Reduzierung von US- und russischen Langstreckenraketen, sind nur ein schwacher Ersatz, solange sie einfach umkehrbar sind.

Dennoch gibt es insbesondere zwei Faktoren, die eine Wiederaufrüstung in der nahen Zukunft begrenzen könnten: Finanzieller Druck und eine Neubewertung der besten Methoden zum Kampf gegen die Bedrohungen im neuen Jahrhundert.

Ein Aufwuchs der militärischen Stärke ist sicher nicht die beste Antwort auf aktuelle Gefahren. Die Vereinigten Staaten haben seit den Anschlägen auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia von 1998 Milliarden Dollar für den Anti-Terrorismus-Kampf ausgegeben, insbesondere zur Bekämpfung von Usama Bin Laden und seiner Terrororganisation Al Qaida, – jedoch mit wenig Erfolg. Nicht-militärische Strategien können kaum weniger erfolgreich sein.

Die Anschläge des 11. Septembers haben lebhaft politische und akademische Diskussionen über die Vorgehensweise und Ursachen des Terrorismus angefangen. In Anbetracht des geringen Wissens über die Wurzeln des Terrorismus, sollten mehr Bemühungen unternommen werden, die Strukturen der Konflikteskalation zu verstehen und dagegen einzuschreiten. Der „Krieg gegen den Terror“ sollte auf eine breitere Basis gestellt werden und sich den Ursachen sowie den Bedingungsfaktoren von Terroranschlägen stellen. Unterstützt werden müssen Konfliktlösung, Armutsbekämpfung, Meinungsfreiheit, eine wirkungsvolle Justiz, Rechtswirksamkeit und gegenseitiger Respekt von Völkern und Kulturen – ebenso wie gemeinsame Sicherheit und Rüstungskontrolle. „Menschliche Sicherheit“ ist ein zentrales Konzept von wachsender Bedeutung. Terroristische Aktionen können nicht durch kostspielige Hochtechnologie verhindert werden. Der Glaube an eine technologische und militärische Unverletzbarkeit hätte eigentlich erschüttert werden müssen; aber die anhaltende Stagnation in der internationalen Rüstungskontroll- und Sicherheitsagenda weist darauf hin, dass diese Lektion noch nicht gelernt wurde.

Möglichkeiten für eine kooperative neue Weltordnung sind vielfältig. Aber werden sie wahrgenommen? Die Ereignisse des 11. Septembers haben in vielen Ländern zu einer politischen Neubewertung geführt. Aber die Hoffnungen, dass die Welt eine Belebung von multilateralem und kooperativem Verhalten erfahren könnte, sind bislang nicht erfüllt worden. Für die Bereiche Abrüstung, Rüstungskontrolle und der Konversion trat sogar das Gegenteil ein – das erneute Setzen auf Stärke und unilateralistisches Handeln.